

Saale-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die Saale-Zeitung erscheint wöchentlich freitags und zwar als Beilage. Die Bezugsgebühr beträgt in Stadt und Land sowie durch die Post bei freier Zustellung monatlich M. 15.00, in den Postbezirken monatlich M. 14.00 monatlich. Die sechs- und sechspoligen Raupen-Millimeter-Zeile kostet im Octavoformat M. 2.00, im auswendigen Verste M. 2.50. Restlos im Millimeter-Zeile M. 2.00 im Octavoformat und M. 2.00 im auswendigen Verste. Raupen-Zeile: Vier Uhr nachmittags.

Bezugsstellen: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Bauzentrale: Sammelnummern 1140 und 1142. Druck-Veranstaltung: Markt 24. Druck-Anstalt: Saalezeitung Halle/Saale. Druck-Bearbeitung: Posthaus Reinhold Ertmer, Halle a. S. Postfach-Nr. 23215. Erfüllungsort und Geschäftsstand: Halle a. S. Die Saale-Zeitung wird jeden Monat zum Schluss des laufenden Monats zuoffen.

Die Russen nehmen an.

Einige Vorbehalte / Morgans für Ermäßigung der Reparationslast.

Rußlands Zustimmung.

Genau, 17. Mai. In der heutigen Vormittags-Sitzung der politischen Unterkommission erklärten die Russen, daß sie die Vorschläge der Mächte grundsätzlich annehmen. Sie machen aber mehrere Vorbehalte. Sie protestieren gegen die Nichtbeteiligung Deutschlands, worauf ihnen erklärt wurde, daß Deutschland nicht eingeladen werde, möglicherweise aber später bei Abschluß finanzieller Verträge herangezogen werden könne. Ferner schlagen die Russen ein an anderen Ort für die Konferenz vor, entweder Stockholm, Kiga, London oder Rom.

Genau, 17. Mai. Gestern nachmittag fand im Palazzo Reale eine Sitzung der einladenden Mächte statt, in der zuerst die Frage Italiens und dann diejenige Ungarns besprochen wurden. Lord George erklärte, er sei der Ansicht, daß diese Fragen, wenn auch nicht sofort, so doch für die Zukunft große Gefahren in sich bergen. Die begrenzte Freigabe der (Gottesfriede) gebe nur für drei Monate Schutz, dann aber würden jene Fragen wieder auf werden. Er hoffe, daß der Völkerbund sich dieser Frage annehmen würde. Barthou erklärte sich damit einverstanden. Dem Völkerbund überwiegen wurde der Wunsch Ungarns und Bulgariens, in der Winderheitsfrage Erklärungen abgegeben sowie die für Bulgarien entfallende Frage eines Hafens am Adriatischen Meer und die Frage der Bekämpfung der Epidemien und des Hungers. Die Konferenz soll das rote Kreuz für die Bekämpfung der Epidemien und des Hungers als Organ Europas anerkennen.

Sonderverträge mit Sowjetrußland.

Im Gespräch mit englischen Journalisten wurde Lord George in Genau gefragt, ob denn tatsächlich der Grundbesitz angenommen sei, daß die Mächte nicht das Recht haben wollten, Separatverträge mit Rußland abzuschließen, oder geordnete solche Verträge zu verhandeln. Lord Georges Antwort ging dahin, das dürfe nicht in diesem Sinne verstanden werden. Es gäbe im Gegenteil vier Mächte, und zwar die Tschechoslowakei, Italien, Japan und Schweden, die über solche Verträge bereits Verhandlungen begonnen hätten und sie daher auch vor Beendigung der Arbeiten der Saager Kommission fortsetzen könnten.

Konferenzschluß erst am Montag?

Genau, 17. Mai. Die hier anwesende, jedoch offiziell nicht zugelassene Angarodelegation erklärte in einem Schreiben an die Facta, daß Angora gegenüber den Beschlüssen der Konferenz sich die volle Autonomie bewahre. Man hegt wenig Hoffnung auf ein Konferenzende für diese Woche. Als Schlußtag wird meistens Montag oder Dienstag genannt, da man noch neue Schwierigkeiten von Seiten Rußlands befürchtet.

Französische Wintelzüge.

Paris, 17. Mai. „Recht Parisien“ schreibt, Barthou habe in einer gestern abend angestellten Mitteilung über die geplante Konferenz im Haag festgestellt, daß es sich um eine Zusammenkunft von Sachverständigen, nicht um eine Konferenz handle und daß kein Regierungsmitglied und kein im Haag akkreditierter Gesandter, es sei denn, er werde zum Sachverständigen ernannt, an der Konferenz teilnehmen werde. In diesem Sinne habe Barthou an den Vorhänden der Konferenz die Facta geschrieben, um den Standpunkt der französischen Delegation klarzulegen.

Morgans Aufbauplan.

Herabsetzung der deutschen Schuldenlast. — Dreijährige Zertifikate?

London, 17. Mai. Der politische Berichterstatter der Westminster Gazette schreibt, dem Wesche Morgans, der jetzt von Neapel nach Europa unterwegs sei, werde in Finanz- und politischen Kreisen, mit großem Interesse entgegengekommen. Morgans soll mit endgültigen Vorschlägen kommen, die bei der Reparationsfrage von großem Nutzen seien und dazu beitragen würden, daß eine der Hauptursachen der Reibungen zwischen England und Frankreich beseitigt würde. Ein bekannter City-Banker hat dem Berichterstatter der Westminster Gazette die Vorschläge Morgans folgendermaßen gekennzeichnet: Zunächst müsse eine Vereinbarung zwischen den Alliierten zustande kommen, um den augenblicklichen Reparationsbetrag auf eine vernünftige Summe herabzusetzen. 2½ Milliarden Pfund würden als solche Summe angesehen, wobei noch in Anbetracht gebracht werden müsse, was Deutschland bereits gezahlt habe. Dies habe unter Ausschluß des abgetretenen Staatseigentums Robert Horne auf 200 Millionen Pfund Sterling veranschlagt. Auf dieser Grundsumme dürfte Deutschland, wie angenommen werde, in der Lage sein, den Zins und Amortisationsbetrag für seine

Schulden aufzubringen. Wenn Deutschland eine Anleihe erhalte, müsse es bereit sein, Garantien in Gestalt eines Pfandrechts auf die Zölle zu geben. Es müsse außerdem eine Nebenbestimmung, wie z. B. die Eisenbahnen, für die Bezahlung seiner Zinsen bieten und zu gleicher Zeit allmählich den Druck von Papiergeld einstellen.

Laut Westminster Gazette würden dreijährige bis fünfjährige Zertifikate genannt.

Wien, 17. Mai. Das Tel.-Korr.-Bureau meldet aus London: Nach Besprechungen der amerikanischen Finanzgruppe mit ihren englischen Freunden, die die grundsätzliche Geneigtheit zu einem gemeinsamen Vorgehen in der österreichischen Kreditfrage ergaben, sind heute die Konferenzen mit den österreichischen Unterhändlern wieder aufgenommen worden. Nach der für Mittwoch nächster Woche zu erwartenden Ankunft des Senators des Hauses Morgans werden die Verhandlungen fortgesetzt werden.

Hansens Mißtrauen gegen Genau.

Genf, 17. Mai. An die Ausführungen Hansens in der öffentlichen Völkerbundratsung über die russische Hungersnot und ihre wirtschaftlichen Folgen knüpfte sich eine lebhafte Aussprache, in deren Verlauf Balfour, Bourgeois, Imperiali und die anderen Mitglieder des Rates für Verweigerung des Antrages an die Genueiser Konferenz eintraten, wogegen Hanien nachdrücklich protestierte, da dies ein Begründnis seines Antrages sein würde. In Angelegenheit des allgemeinen Widerstandes forderte Hanien schließlich, daß, falls die Genueiser Konferenz oder eine ihrer Kommissionen den Antrag nicht erledigen würde, der Völkerbundrat ihn wenigstens später wieder aufnehmen möge. Der Rat erklärte sich damit einverstanden und nahm dann die von Balfour vorgeschlagene Resolution über die Verweigerung des Antrages an die Genueiser Konferenz einstimmig an.

Handelsaussichten in Rußland.

„Zunächst keine Verzinsung.“

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Hugo (D. Sp.) sprach in Frankfurt auf Anforderung des Verbandes Mitteldentscher Industriellen über seine auf einer Reise in Rußland gemachten Eindrücke. Er hält die Sonjettmadt politisch für durchaus gefordert, aber die russische kommunistische Wirtschaftspolitik habe vollständig Stillschub erlitten und entwidete sich jetzt mehr und mehr zu europäischer Freiheit. Kraßlin, der Vertreter des Außenhandelsmonopols, habe noch die Vorhand vor dem Freihändler Bogdanow, dem Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrats. Wer Rußland wieder aufbauen will, muß vor allen Dingen seine Verlehrs mittel wieder in Ordnung bringen. Dabei ist es weniger nötig, Neuanfassungen zu machen, als vielmehr das Vorhande wieder betriebsfähig zu gestalten. Der Deutsche, der in Rußland Handel treiben will, kann das unter keinen Umständen auf eigene Faust tun, sondern muß Hand in Hand mit russischen Kaufleuten arbeiten. Dazu ist vor allen Dingen ausländisches Kapital nötig, des sich allerdings zunächst nicht verzinsen wird. Der unternehmungslustige Deutsche wird aber in Rußland ein Feld der Betätigung finden, das in absehbarer Zeit ihm reiche Früchte trägt.

Erschütternde Mitteilungen machte Dr. Hugo über die Hungersnot in Rußland; die Wirklichkeit würde viel grauenvoller, als alle Schilderungen, die wir darüber je gelesen hätten.

Gegen die Schuldflüge.

Ein Italiener als Anwalt für Deutschland.

Ein Neffe Crippis, der ehemalige Abgeordnete Crippi in Rom, der während der Neutralitätsperiode die unparteiliche Zeitung Concordia herausgab, veröffentlicht ein Buch, über die Kriegsschuld, worin nachgewiesen wird, daß Deutschland den Krieg nicht wollte, sondern durch die Entzinsungspolitik der anderen Mächte hineingeritten wurde, die Deutschlands Entwidlung vernichten wollten. Der Verleierter Friede sei daher eine unbedeutende und ungehörige Schmach. Die Schuldfrage müsse einem neutralen Gerichtshof unterbreitet werden.

Treudeutsch.

Eine von über vierhundert Vereinen beehrte öffentliche Versammlung in Trier, zu der alle politischen Parteien eingeladen hatten, fasste eine Entschließung, in der es heißt: Die Bevölkerung der alten kaiserlichen Stadt Trier ist entsetzt, jeden Versuch, unser Verhältnis zum Reiche und zu Preußen zu lockern, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bis aufs äußerste zu bekämpfen. Wir wollen auch eine Vertreibung von der römischen Stadt. Selbstaufopferung ist nie und nimmer durch eine Neuzurichtung der Rheinlande erkaufen.

Hermes und der Wiedergutmachungsausschuß.

Von einem außenpolitischen Mitarbeiter

Was in Genau verpönt war, ist in Paris das einzige Thema: Die Wiedergutmachung. Man darf sich aber die Verhandlungen des deutschen Finanzministers Hermes mit der Reparationskommission nicht als eine Konferenz gleichberechtigter Staatsmänner vorstellen. Das waren sie bisher jedenfalls nicht. Vielmehr mußte der deutsche Unterhändler zuerst in privaten, heftenfalls „offiziellen“ Besuchen bei den einzelnen Mitgliedern des Wiedergutmachungsausschusses vorpredigen. Er legte den Ententgegenseitigen schriftlichen Material zum vorbereitenden Studium vor. Auch ist eine deutsche Denkschrift vorhanden, die aber erst bei den offiziellen Sitzungen ausgelegt werden soll. Hermes war bis jetzt bei Sir John Bradburn, dem Engländer, bei de la Croix, dem Belgier und bei dem italienischen Delegierten Rago. Schließlich gewährte auch der Vorsitzende der Reparationskommission Dubois eine Audienz. Dubois ist nichts ohne seinen Herrn und Meister Poincaré. Er bleibt in beständiger Fühlung mit diesem. Der französische Ministerpräsident hält sich zwar in dieser Woche vor jeder öffentlichen Äußerung zurück. Er empfängt nicht wie sonst die englischen, amerikanischen und italienischen Korrespondenten. Aber es wirkt doch peinlich, daß er das einzige Regierungsmitglied ist, das die Möglichkeit besitzt, die Reparationskommission persönlich zu beeinflussen. Und er macht nur dieser Möglichkeit sicherlich vollen Gebrauch. Um die Gefahr dieses persönlichen Wirkens zu bannen, hat man ja in London eine besondere parlamentarische Aktion ins Werk gesetzt. Ein Abgeordneter fragte im Unterhaus an, was an den Gerüchten über französische Mobilisierungen für den 21. Mai Wahres sei, und Chamberlain erwiderte, die britische Regierung habe Grund zur Annahme, daß die Gerüchte unwarhaft seien. Das war doch ein deutlicher Hinweis auf Paris hin. Das war ein bedrückendes Ergebnis der Verhandlungen mit den Deutschen wünsch.

Was schlägt Dr. Hermes, der in Paris beständig auch mit seinen eigenen Sachverständigen beratet und telefonisch Verbindung mit Berlin hält, der Reparationskommission vor? Es handelt sich ja, wie man weiß, in der Hauptsache um eine Anleihe und ihre Verzinsung mit einem Moratorium. Man muß aber unterscheiden einmal zwischen der großen und der kleinen Anleihe, und sodann zwischen der internationalen und der inländischen. Als Dr. Hermes in der Kommission in Genau seine Finanzpläne auseinandersetzte, sprach er von der großen Anleihe, die als Kapitalisierung der sogenannten C-Bonds, also eines Hauptteils unserer Reparationslasten, gedacht war. Aber dieses Problem ist noch völlig unausgereift und kann für die jetzigen Verhandlungen nicht in Betracht kommen. Die kleine Anleihe soll zur Deckung der französischen Forderungen in den nächsten vier bis fünf Jahren dienen, und man kann es verstehen, daß die öffentliche Meinung in Frankreich sich lebhaft mit diesem Vorschlag beschäftigt. Glaubt doch schon der „Matin“ verhängen zu können, daß die Eröffnungen des deutschen Reichsfinanzministers „alles in allem zufriedenstellend“ erscheinen. Aber Dr. Hermes wird den Mitgliedern der Reparationskommission klar machen müssen, daß die kleine Anleihe uns nur der letzten Reize unserer wirtschaftlichen Selbständigkeit beraubt, wenn wir nicht durch eine allgemeine Herabsetzung der unmöglichen Zahlungen Luft bekommen. Die bloße Verbindung mit einem Moratorium hat deshalb keinen Sinn, weil die Schuldsumme durch die Zinsen immer unheimlicher answimmt und Frankreich immer neue Vorwände erhält, zur angeblichen Sicherung seiner wachsenden Forderungen militärische Maßnahmen zu ergreifen.

Mit anderen Worten: Wenn in Paris nicht die Aussicht auf eine vernünftige Neuordnung der ganzen Reparationslasten eröffnet wird, hilft weder die Anleihe, noch das Moratorium. Aber den Anteil der internationalen und der inländischen Anleihe an der Reparationslastenverteilung wird wohl der Hauptstreit entzünden. Schon lag die Pariser nationalitische Presse darüber, daß Frankreich durch die internationale Anleihe seine Handlungsfreiheit verlieren und zum Gefangenen der internationalen Finanzen werden könne. Aber am 21. Mai beginnt ja die Tagung des Prüfungsausschusses für die internationalen Anleihe unter Mitwirkung des Amerikaners Pierpont Morgans. Die diplomatische Aufgabe des Ministers Hermes besteht darin, die Entscheidung auf dieses Forum überzutragen.

Englische Gruenbeame für Oberbefehlsh.

Im Auftrage der polnischen Regierung sind zahlreiche höhere und mittlere Beamte des englischen Verbands für Oberbefehlsh. verpflichtet worden. Die Engagements englischer Gruenbeamter erweisen sich als nötig, weil etwa die Hälfte aller deutschen Gruenbeamten aus dem an Polen abzutretenden Gebiet Oberbefehlsh. nach Deutschland abgemandert ist.

